

Agrar-Klage beschäftigt Bauernkammer

Innsbruck – Die angekündigte Sammelklage von Agrargemeinschaften und ihren Mitgliedern gegen die von ihnen kritisierte Enteignung durch das neue Agrargesetz beschäftigt auch die Landwirtschaftskammer. Bekanntlich soll über eine Schweizer Prozessfinanzierungsagentur das Gesetz gekippt werden – Ziel ist der

Gang zum Menschenrechtsgerechtshof in Straßburg. Wie viele Agrarier sich daran beteiligen und ob die Vorgangsweise überhaupt rechtlich möglich ist, wird sich in den nächsten Wochen weisen.

Der Agrarausschuss der Bauernkammer beriet am Dienstag über die Klagen, wobei Bedenken geäußert wur-

den. Einige Agrarfunktionäre drängten auf eine Empfehlung der Interessenvertretung, doch die sieht die Entscheidung allein bei den Agrarmitgliedern. Die Prozess- und Rechtsanwaltskosten trägt die Finanzierungsagentur, bei einem Erfolg ist sie mit 40 Prozent an den möglichen Entschädigungszahlungen beteiligt. (pn)



Die Agrarier wollen Entschädigungen von den Gemeinden. Foto: Mühlanger